Deutscher Bundestag **Drucksache 17/839**
17. Wahlperiode 26. 02. 2010

Fragen

für die Fragestunde der 26. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 3. März 2010

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54
Bockhahn, Steffen (DIE LINKE.)	68, 69
Bulling-Schröter, Eva (DIE LINKE.)	37, 38
Burchardt, Ulla (SPD)	46, 47
Crone, Petra (SPD)	11, 29
Drobinski-Weiß, Elvira (SPD)	7, 8
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 85
Friedrich, Peter (SPD)	14
Göring-Eckardt, Katrin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	81, 82
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	55, 70
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	60, 61
Kelber, Ulrich (SPD)	53
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15
Korte, Jan (DIE LINKE.)	71, 72
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 52
Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	86, 87
Lange, Christian (Backnang) (SPD)	57, 58
Lemme, Steffen-Claudio (SPD)	21, 22
Dr. Lötzsch, Gesine (DIE LINKE.)	74, 75
Marks, Caren (SPD)	31, 32
Mast, Katja (SPD)	76, 77
Menzner, Dorothee (DIE LINKE.)	44, 45
Müller-Gemmeke, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 43
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Özoğuz, Aydan (SPD)	23, 24
Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Pau, Petra (DIE LINKE.)	66, 67
Dr. Priesmeier, Wilhelm (SPD)	13, 56
Rix, Sönke (SPD)	27, 33
Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 84
Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	48, 49
Roth, Michael (Heringen) (SPD)	5, 6
Rupprecht, Marlene (Tuchenbach) (SPD)	25, 26
Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	79, 80
Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	50, 51
Dr. Schwall-Düren, Angelica (SPD)	62, 63
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 73

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

1. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum hat die Bundesregierung den Weltagrarbericht des IAASTD (International Assessement of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development) anders als z. B. Frankreich und Großbritannien bis heute nicht unterzeichnet?

2. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sieht die Bundesregierung die Belastung durch Wirtschaftsdünger, insbesondere aus der nicht flächengebundenen Tierhaltung und auf Standorten konzentrierter Tierhaltung wie in Nordrhein-Westfalen, als Problem für Trinkwasser und Umwelt an, und wenn ja, welche Lösungen schlägt die Bundesregierung auch im Hinblick auf Gülle-Importe vor, nachdem sie mehr Transparenz durch die Verbringungsverordnung für Wirtschaftsdünger ablehnt?

3. Abgeordnete **Waltraud Wolff (Wolmirstedt)** (SPD)

Welche neuen Erkenntnisse hat die Bundesregierung, die zu der Neubewertung des Beitrages der Landwirtschaft an der Emission von Treibhausgasen durch die Parlamentarischen Staatssekretäre bei der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Julia Klöckner und Dr. Gerd Müller in ihrer Pressemitteilung vom 24. Februar 2010 zu einer gemeinsamen Anhörung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu „Landwirtschaft und Klimaschutz“ im Vergleich zum Nationalen Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume 2007 bis 2013 des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz von 2006 geführt haben, in dem der Anteil der Landwirtschaft an den Treibhausgas-Emissionen mit insgesamt rd. 128 Mt jährlich bzw. 13 Prozent angegeben wird?

4. Abgeordnete **Waltraud Wolff (Wolmirstedt)** (SPD)

Wie berücksichtigt die Bundesregierung in ihrer Politik zur nachhaltigen Landbewirtschaftung alle mit der landwirtschaftlichen Produktion verbundenen klimarelevanten Emissionen, also auch die energiebedingten Emissionen der Landwirtschaft, die Kohlenstoffvorratsänderungen in der Biomasse und in Böden unter landwirtschaftlicher Nutzung und durch Landnutzungsänderung, und die Emissionen,

die mit dem Einsatz von Importfuttermitteln verbunden sind, auf die die Experten des Johann Heinrich von Thünen-Instituts in ihrer Stellungnahme zu dieser Anhörung hingewiesen haben und die in der jährlichen nationalen Emissionsberichterstattung im Kapitel Landwirtschaft fehlen, in der nur Emissionen von CH_4 und N_2O aus Tierhaltung, Stickstoffdüngung und atmosphärischem Stickstoffeintrag (v. a. von NH_9) berichtet werden?

5. Abgeordneter **Michael Roth (Heringen)** (SPD)

Welchen Einfluss hat das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf die High Level Group Milk, die den Ausstieg aus der Milchquote 2015 vorbereitet, und welche Überlegungen gibt es für mögliche neue Marktinstrumente nach 2015?

6. Abgeordneter **Michael Roth (Heringen)** (SPD)

Wie ist der Stand der Simulation bezüglich der acht biophysikalischen Kriterien für die Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete, die von der Europäischen Kommission vorgeschlagen worden sind, und wann ist mit den Ergebnissen zu rechnen?

7. Abgeordnete **Elvira Drobinski-Weiß** (SPD)

Wann genau hat das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) dem Ruhen des Verfahrens zugestimmt, und wann genau wurde Bundesministerin Ilse Aigner darüber informiert, dass das Verwaltungsgericht Braunschweig das Ruhen des Verfahrens in Sachen Monsanto gegen das BVL angeordnet hat?

8. Abgeordnete **Elvira Drobinski-Weiß** (SPD)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Studie der Food Standards Agency (FSA) über die Verständlichkeit verschiedener Nährwertkennzeichnungssysteme, nach denen Nährwertinformationen, die mit den Ampelfarben Rot, Gelb und Grün kombiniert sind, am besten verstanden werden?

9. Abgeordnete **Kerstin Tack** (SPD)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung für die Kennzeichnung von Lebensmittel-Nährwerten mit Hilfe von Ampelfarben aufgrund der Tatsache, dass bei der Kennzeichnung der Energieeffizienzstandards für Elektrogeräte eine Ampelkennzeichnung bereits eingeführt und akzeptiert ist (rot = hoch, gelb = mittel, grün = niedrig)?

10. Abgeordnete **Kerstin Tack** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass in Großbritannien eine Auswertung britischer Supermarktketten ergab, dass der Absatz ausgewogener Produkte seit Einführung der Ampelkennzeichnung signifikant gestiegen ist im Vergleich zu gehaltvolleren Produkten wie z. B. Sandwiches?

11. Abgeordnete **Petra Crone** (SPD)

Wie bewertet das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Aufforderung eines breiten Bündnisses von Verbänden wie dem AOK-Bundesverband, der Bundesärztekammer, dem diabetesDE, dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte Deutschlands, der Deutschen Herzstiftung, dem GKV-Spitzenverband und dem Verbraucherzentralen-Bundesverband, sich im Rahmen der Verhandlungen der EU-Lebensmittelinformationsverordnung für eine EU-weite Ampelkennzeichnung einzusetzen?

12. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen einer Bienenmonitoring-Studie zu gebeiztem Maissaatgut des Bundesamtes für Landwirtschaft in Bern, und welche Auswirkungen ergeben sich daraus auf die Zulassung von insektiziden Beizmitteln in Deutschland?

13. Abgeordneter **Dr. Wilhelm Priesmeier** (SPD)

Hält die Bundesregierung nach der letzten Ratssitzung (22. Februar 2010) weiterhin an ihrer Position fest, die das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in seinem Papier vom 22. Dezember 2009 verankert hat, und wie kann das Bestreben Frankreichs nach größerer Einflussnahme der Mitgliedstaaten auf die interne Mittelverteilung bei den Direktzahlungen mit dieser Position verbunden werden?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

14. Abgeordneter **Peter Friedrich** (SPD)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung eine Änderung der Auslegungspraxis bei der Zurückstellung von Wehr- und Zivildienstleistenden hinsichtlich der Einstufung von dualen Bildungsgängen (Studium

*) Siehe hierzu auch Frage 56.

mit studienbegleitender betrieblicher Ausbildung) plant, und wenn ja, ist diese noch vor Beginn des nächsten Ausbildungsjahres (1. August 2010) zu erwarten?

15. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Nach welchen Kriterien lädt das Auswärtige Amt Militärs aus anderen Staaten zu Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an Ausbildungseinrichtungen oder bei Truppenteilen der Bundeswehr ein?

16. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Warum hat die Bundesregierung die Ausbildung guineischer Soldaten durch die Bundeswehr in Deutschland nicht unverzüglich ausgesetzt, nachdem das von der Regierung Guineas verübte Massaker im September 2009 bekannt wurde?

17. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag des Oberkommandierenden der EU-Operation Atalanta, Konteradmiral Peter Hudson, AWACS-Aufklärungsflugzeuge zum Erkennen von Mutterschiffen einzusetzen?

18. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

In welcher Form ist die Frage des Umgangs mit sogenannten Ritualen und Verletzungen der Menschenwürde zwischen Soldaten derzeit Bestandteil der Unteroffiziers- und Offiziersausbildung der Bundeswehr, und welche Veränderungen plant die Bundesregierung diesbezüglich angesichts der bekannt gewordenen Fälle von Misshandlungen?

19. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie viele Hinweise auf und Beschwerden über sogenannte Rituale, Misshandlungen und Verletzungen der Menschenwürde unter Soldaten haben die Bundesregierung und die Bundeswehr in den letzten fünf Jahren von aktiven oder ehemaligen Bundeswehrangehörigen erhalten (bitte jeweils nach Jahr aufschlüsseln)?

20. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 1. Juli 2009 (Az. 2 BvE 5/06), wonach angesichts des „Frage- und Informationsrechts des … einzelnen Abgeordneten … grundsätzlich eine Antwortpflicht der

Bundesregierung“ besteht, nun – entgegen ihres bisherigen Verweises auf ersatzweise vertrauliche Unterrichtung nur von Fraktionsvorsitzenden etc. – meine Frage 90 vom 11. Februar 2010 auf Bundestagsdrucksache 17/702 sowie Frage 54 vom 18. Februar 2010 (Plenarprotokoll vom 24. Februar 2010, Anlage 54, S. 2012 D) nach Einsätzen der Bundes- „Task Force 47“ in Afghanistan sowie deren Folgen zu beantworten, und inwieweit wirkte diese Einheit mit an der Benennung verdächtiger Personen zur Tötung oder Festnahme (vgl. stern 7/2010, S. 33)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

21. Abgeordneter **Steffen-Claudio Lemme** (SPD)

Sind im Rahmen der Neuordnung der Extremismusbekämpfung der Bundesregierung ergänzende Opferprogramme geplant, und werden diese Programme öffentlich zur Ausschreibung gebracht?

22. Abgeordneter **Steffen-Claudio Lemme** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, bei der Neukonzeptionierung der Extremismusbekämpfung, sich mit den Ländern – insbesondere Ostdeutschland – ins Benehmen zu setzen, und gibt es in diesem Zusammenhang konkrete Konsultationstermine?

23. Abgeordnete **Aydan Özoğuz** (SPD)

Wie ist der derzeitige Umsetzungsstand des Programms „Schulverweigerung – Die 2. Chance“, und inwieweit ist es bislang mit diesem Programm gelungen, schulverweigernde junge Menschen wieder in die Schule zu reintegrieren (bitte Zahlen und Fakten benennen)?

24. Abgeordnete **Aydan Özoğuz** (SPD)

Welche Überlegungen und Maßnahmen werden in der angekündigten Fortführung und Erweiterung des Projekts „Neue Wege für Jungs“ insbesondere für junge Migranten berücksichtigt?

25. Abgeordnete **Marlene Rupprecht (Tuchenbach)** (SPD)

Wie viele Familien und wie viele Kinder werden aktuell mit dem Kinderzuschlag erreicht (bitte Datenquelle nennen)?

26. Abgeordnete **Marlene Rupprecht (Tuchenbach)** (SPD)

Wie erklärt sich das Bundesministerien für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die stark voneinander abweichenden Fallzahlen zum Kinderzuschlag der Bundesregierung (z. B. April 2009: 259 150 erreichte Kinder) und der Familienkasse (z. B. April 2009: 183 000 erreichte Kinder), und welche Maßnahmen werden zur Präzisierung der statistischen Erhebung der Fallzahlen getroffen?

27. Abgeordneter **Sönke Rix** (SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die Anfragen der Träger, die aufgrund der Abschaffung des § 14c Absatz 4 des Zivildienstgesetzes ihrer Sorge um die zukünftige Finanzierbarkeit von Freiwilligendienstplätzen Ausdruck verleihen?

28. Abgeordnete **Dagmar Ziegler** (SPD)

Welche konkreten Maßnahmen plant das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für das Jahr 2010, um den zusätzlichen Bedarf von rund 35 000 bis 40 000 Vollzeitstellen in Tageseinrichtungen und von rund 25 000 Tagespflegepersonen bis 2013 (siehe Antwort auf die Kleine Anfrage „Stand und Zukunft des qualitativen und quantitativen Ausbaus der Kinderbetreuung“ auf Bundestagsdrucksache 17/714, Antwort auf die Fragen 18 und 19) zu decken?

29. Abgeordnete **Petra Crone** (SPD)

Welche konkreten Initiativen plant das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend anlässlich des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung zur Verhinderung von Altersarmut in Deutschland?

30. Abgeordnete **Beate Müller-Gemmeke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung den ursprünglich im Sommer 2009 erwarteten Bericht der Europäischen Kommission über die schwerwiegendsten Formen von Kinderarbeit dem Deutschen Bundestag zukommen lassen, und welche Schritte wird sie unternehmen, um Verzögerungen bei der Erstellung des Berichts zu vermeiden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

31. Abgeordnete **Caren Marks** (SPD)

Ist sich die Bundesregierung der Tragweite der Folgen für die psychiatrischen Institutsambulanzen und insbesondere der betroffenen Patienten bewusst, falls die Verhandlungen der Selbstverwaltungspartner zu der Vereinbarung gemäß § 118 Absatz 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch scheitern, und welche möglichen Konsequenzen zieht sie daraus?

32. Abgeordnete **Caren Marks** (SPD)

Hat das Bundesministerium für Gesundheit seit Bekanntwerden des Problems und den Beginn der Verhandlungen in irgendeiner Form, mündlich oder schriftlich, Stellungnahme zu den drohenden Veränderungen der Versorgung durch psychiatrische Institutsambulanzen bezogen, und wenn nein, welche Gründe führt der Bundesminister für Gesundheit, Dr. Philipp Rösler, dafür an, keine Position zu beziehen?

33. Abgeordneter **Sönke Rix** (SPD)

Wird es eine gemeinsame Pflegeausbildung (Krankenpflege, Kinderkrankenpflege, Altenpflege) geben, und wann ist damit zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

34. Abgeordnete **Dagmar Ziegler** (SPD)

Ist die Finanzierung zum Bau der Verlängerung der Bundesautobahn 14 gesichert, und wann soll der Planfeststellungsbeschluss hierfür erteilt werden?

35. Abgeordnete **Katrin Göring-Eckardt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuelle Sicherheitslage der durch ein Konsortium unter Beteiligung der Firma Bilfinger Berger durchgeführten Baumaßnahmen der Bauprojekte „Silberbergtunnel“, „Brandkopftunnel“ und „Lohmebergtunnel“ im Rahmen der Fortführung der ICE-Hochgeschwindigkeitstrasse in Thüringen, und sind der Bundesregierung Vorwürfe über Sicherheitsmängel oder bewiesenermaßen bestehende Sicherheitsmängel bekannt?

36. Abgeordnete
Katrin Göring-Eckardt
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen zur sicherheitstechnischen Überprüfung wurden seit dem Bekanntwerden der Unregelmäßigkeiten bei anderen Bauprojekten der Firma Bilfinger Berger für die o. g. Tunnelbauprojekte in Thüringen eingeleitet, und inwiefern sieht die Bundesregierung seitens der Verantwortlichen eine unabhängige Bauaufsicht für gewährleistet?

37. Abgeordnete
Eva Bulling-Schröter
(DIE LINKE.)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor über den Tatbestand bzw. über den Umfang möglicher Manipulationen bei so genannten Spannprotokollen über die Belastbarkeit von Erdankern aus Metall, die beim Bau der ICE-Hochgeschwindigkeitsstrecke München–Nürnberg verbaut wurden, etwa am Tunnel Denkendorf in einer Anzahl von rund 600 Stück, bzw. welche Informationen hat sie über gänzlich unterlassene Sicherheitstests an diesen Erdankern?

38. Abgeordnete
Eva Bulling-Schröter
(DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung für die Standfestigkeit der Wände im Tunnel Denkendorf der ICE-Hochgeschwindigkeitsstrecke München–Nürnberg bzw. für die Standfestigkeit der Hänge im Umfeld dieses Tunnels garantieren, sollten Prüfprotokolle über die Belastbarkeit von Erdankern beim Bau gefälscht bzw. Sicherheitstests an diesen Erdankern gänzlich unterlassen worden sein, und wie begründet sie dies?

39. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung, sich für die Fahrradmitnahme im Fernverkehr der Bahn, einschließlich IC, ICE und Nachtzug, einzusetzen, und wenn ja, welche Maßnahmen oder Pilotprojekte sind dafür vorgesehen?

40. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie kann aus Sicht der Bundesregierung die Fahrradmitnahme im gesamten Fernverkehrsnetz langfristig gewährleistet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

41. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zieht die Bundesregierung bei der Berechnung der Eigenverbrauchsvergütung bei der Photovoltaik im Gesetzentwurf für die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes den durchschnittlichen Nettohaushaltspreis inklusive Grundgebühren heran, und falls ja, welchen Einfluss hat dies auf die Rentabilität von Solarstrom bei Anlagenbetreibern, die bei ihren Stromtarifen eine Grundgebühr bezahlen?*)

42. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viel Kubikmeter radioaktiver Abwässer haben die Energiewerke Nord (EWN) seit 1992 am Standort Lubmin in die Ostsee abgeführt (bitte jährliche Darlegung), und welche Informationen hat die Bundesregierung über die Aktivität der in den Abwässern enthaltenen Radionuklide?

43. Abgeordnete **Beate Müller-Gemmeke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Existiert im Bundeskanzleramt eine Version der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juni 2000 (sogenannter Atomkonsens) mit den Unterschriften der Personen, die die Vereinbarung paraphiert haben, und ist die Bundesregierung bereit, mir eine Kopie dieser Version zukommen zu lassen (ggf. bitte beifügen oder nachreichen)?

44. Abgeordnete **Dorothee Menzner** (DIE LINKE.)

Auf Grundlage der Einhaltung welcher Sicherheitsbestimmungen zum Umgang mit radioaktiver Verseuchung von Mensch und Umwelt bei Störfällen ist der Urananreicherungsanlage in Gronau (Westfalen) die Betriebserlaubnis erteilt worden?

45. Abgeordnete **Dorothee Menzner** (DIE LINKE.)

Welche Katastrophenschutzpläne, die sich auf Störungen in der Urananreicherungsanlage Gronau beziehen, des Landkreises Borken bzw. der Gemeinden des Landkreises sind der Bundesregierung bekannt?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 85.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

46. Abgeordnete **Ulla Burchardt** (SPD)

Unterstützt die Bundesregierung die Forderung aus der Ärzteschaft und der FDP, den Numerus Clausus (NC) für das Medizinstudium zu lockern, und falls ja, welche Konsequenzen hätte eine solche Entscheidung auf andere mit NC belegte Studienfächer?

47. Abgeordnete **Ulla Burchardt** (SPD)

Welche Regelungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung, um Einfluss auf die Kriterien von Numeri Clausi in einzelnen Studiengängen oder an einzelnen Hochschulen zu nehmen, und inwieweit würde dies die Hoheit der Länder und Autonomie der Hochschulen berühren?

48. Abgeordneter **Dr. Ernst Dieter Rossmann** (SPD)

Wer hat zu welchem Zeitpunkt die Entscheidung getroffen, im Endbericht der von der Bundesregierung beauftragten Studie „Studienberechtigte 2008“ der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) die Auswertung der zahlreichen Fragen zur Einschätzung von Studiengebühren, die im Fragenkatalog der Studie enthalten sind, in einen späteren Sonderbericht auszulagern?

49. Abgeordneter **Dr. Ernst Dieter Rossmann** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung den vorliegenden Endbericht, zu dem sie bereits Pressemeldungen verfasst, sowie den Sonderbericht dem Parlament zugänglich machen?

50. Abgeordneter **Swen Schulz (Spandau)** (SPD)

Welche noch laufenden Aufträge hat die Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) von der Bundesregierung erhalten?

51. Abgeordneter **Swen Schulz (Spandau)** (SPD)

Wann sind die vertragsgemäßen Abgabetermine der Endberichte zu diesen Aufträgen?

52. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Verträge bezüglich der Kompakten Natriumgekühlten Kernreaktoranlage (KNK 1/KNK 2) wurden im Lauf der Zeit zwischen dem Bund oder dem Kernforschungszentrum Karlsruhe einerseits und privatwirtschaftlichen Energieversorgungsunternehmen oder deren Tochtergesellschaften andererseits geschlossen (bitte mit Angabe des Datums), und welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich aus diesen Verträgen heute für den Energieversorger EnBW?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

53. Abgeordneter **Ulrich Kelber** (SPD)

Warum wird für die knapp 50 Mitarbeiter des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) in Berlin ein neuer Dienstsitz gesucht, der rund 3 000 m^2 Bürofläche für bis zu 120 Mitarbeiter bieten soll, und welche Gründe gibt es für diesen Raumbedarf, der deutlich über dem Bedarf der aktuellen Mitarbeiterzahlen liegt?

54. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sind alle Mitglieder der Bundesregierung, namentlich die Bundeskanzlerin, der Ansicht, dass niemand die Absicht habe, die „Koalition platzen zu lassen“, wie es aus dem „Umfeld des Vizekanzlers“ verlautet, obwohl die Lage der Koalition „sehr angespannt“ (DER TAGESSPIEGEL vom 25. Februar 2010) sei, und wie ist demgegenüber zu erklären, dass Dr. Angela Merkel hingegen trotz zahlreicher inhaltlicher, öffentlich ausgetragener Streitigkeiten die große Übereinstimmung im Kabinett betont?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

55. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs auf Grundlage des seit 1995 geltenden Zollabkommens, nach dem für Produkte aus den besetzten Gebieten Israels die Zollfreiheit nicht gilt, und wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass Herkunftsangaben effektiv konrolliert werden können?

56. Abgeordneter **Dr. Wilhelm Priesmeier** (SPD)

Welche finanziellen Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für den EU-Haushalt und für den deutschen Anteil daran in der Finanzperiode 2014 bis 2019, und in welchen Gremien wird schon heute die Kürzung des EU-Agrarhaushalts vorbereitet?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

57. Abgeordneter **Christian Lange (Backnang)** (SPD)

Welche Gründe sprechen für die Beibehaltung der Genehmigungen von Sportordnungen, die das sog. IPSC-Schießen (IPSC = International Practical Shooting Confederation) enthalten, also Schießübungen mit einem kampfmäßigen Charakter, die sonst nur in Spezialeinheiten der Polizei und des Militärs trainiert werden?

58. Abgeordneter **Christian Lange (Backnang)** (SPD)

Würde durch ein Verbot des sog. IPSC-Kampfschießens die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an sportlichen internationalen Wettkämpfen eingeschränkt oder unmöglich?

59. Abgeordnete **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gibt es nach Ablauf des Modellvorhabens „Region schafft Zukunft“ neue Handlungskonzepte von Seiten der Bundesregierung, wie die gewonnen Erkenntnisse der ostdeutschen Modellregionen auf andere Regionen übertragen werden können, und wird die Bundesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern neue Modellregionen ausloben?**)

60. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass von Seiten des Instituts für Zeitgeschichte Prof. Dr. Manfred Kittel organisatorisch und inhaltlich für die Vorstudie zur Verbandsgeschichte des Bundes der Vertriebenen (BdV) verantwortlich war, der dann zum Gründungsdirektor der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ernannt wurde, die wesentlich auf das Betreiben des BdV zurückzuführen ist?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 13.
**) Siehe hierzu auch Frage 84.

61. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Seit wann war der Bundesregierung bekannt, dass der Gründungsdirektor der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, Prof. Dr. Manfred Kittel, von Seiten des Instituts für Zeitgeschichte an der Machbarkeitsstudie zur Verbandsgeschichte des BdV beteiligt war, und hat diese Tatsache eine Rolle bei der Bestellung zum Gründungsdirektor gespielt?

62. Abgeordnete
Dr. Angelica Schwall-Düren
(SPD)

Auf welcher Grundlage fördert das Bundesministerium des Innern (BMI) das Forschungsprojekt „Gruppenbiographische Studie über die ersten Präsidialmitglieder des Bundes der Vertriebenen (BdV)“ im Kapitel 6 40 Titel 685 02 des BMI?

63. Abgeordnete
Dr. Angelica Schwall-Düren
(SPD)

Gab es für dieses Forschungsprojekt eine Ausschreibung, und nach welchen Kriterien wurde das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) in München/Berlin mit diesem Forschungsprojekt durch den BdV beauftragt?

64. Abgeordneter
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
(SPD)

In welcher Form gab es ggf. eine inhaltliche Prüfung der sog. Machbarkeitsstudie des BdV zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des Bundes der Vertriebenen, bevor weitere Gelder bereitgestellt wurden, und was ergab die Prüfung?

65. Abgeordneter
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
(SPD)

Warum hat das BMI auf Grundlage der sog. Machbarkeitsstudie des IfZ weitere 90 000 Euro genehmigt, obwohl der eigentliche Auftrag – laut Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“ (Nr. 4/2010) und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (vom 20. Februar 2010) – nicht erfüllt wurde, und was geschieht mit den zusätzlich bereitgestellten 90 000 Euro?

66. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)

Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, dass für die Aufarbeitung der Verbandsgeschichte des BdV aus Steuergeldern fast 100 000 Euro von Seiten der Bundesregierung zur Verfügung gestellt wurden, während der BdV sich lediglich mit 1 000 Euro an dieser Studie beteiligt (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Geschichtsaufarbeitung des Bundes der Vertriebenen“ auf Bundestagsdrucksache 17/684)?

67. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung darüber, dass mit dem großen Anteil von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern im BdV in einem ebenfalls großen Maße rechtsextremes Gedankengut in den BdV und seine Landsmannschaften eingezogen war, wie die Propagierung eines Geschichtsrevisionismus, der so genannten Kriegsschuld-Lüge, der rechtsextremen These vom „Kampf gegen die Umerziehung“ des deutschen Volkes durch die Siegermächte, und welche Kenntnis hat die Bundesregierung darüber, dass der BdV und seine Landsmannschaften in ihren Publikationsorganen offen für rechtsextreme Literatur warben?

68. Abgeordneter
Steffen Bockhahn
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die vom Institut für Zeitgeschichte (IfZ) erstellte Machbarkeitsstudie zur Verbandsgeschichte des Bundes der Vertriebenen vor dem Hintergrund, dass diese in der Presse als verharmlosend, verfälschend und wissenschaftlichen Kriterien nicht genügend beschrieben wird?

69. Abgeordneter
Steffen Bockhahn
(DIE LINKE.)

Wie begründet die Bundesregierung den Sachverhalt, dass sie eine Vorstudie durch das IfZ, für die sie bereits 13 190 Euro bewilligt hat, mit einer Hauptstudie durch dasselbe Institut belohnt, die mit noch einmal 55 500 Euro bezahlt werden soll?

70. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche Vorschläge für die im Stockholmer Programm angeregte „Errichtung regionaler und/oder spezialisierter Büros“ der FRONTEX-Agentur zur Bekämpfung sogenannter illegaler Einwandernder gibt es bereits, und welche regionalen und/oder spezialisierten Büros hält die Bundesregierung für geeignet, um FRONTEX gemäß dem Stockholmer Programm weiter auszubauen?

71. Abgeordneter
Jan Korte
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die in der letzten Woche bekannt gewordene Verweigerung der Einbürgerung einer Bürgerin aus Hannover mit der Begründung, sie sei Mitglied der Partei DIE LINKE.?

72. Abgeordneter
Jan Korte
(DIE LINKE.)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Einbürgerungsanträge mit Hinweis auf eine Partei-, Gewerkschafts- oder Vereinsmitgliedschaft abgelehnt wurden?

73. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Was ist der Bundesregierung über eine Unterstützung ausländischer Nachrichtendienste durch Bundesbehörden seit 2000 bei der Beschaffung deutscher Personaldokumente bekannt, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Vorfälle seit 2000, in denen ausländische Nachrichtendienste deutsche Personaldokumente einsetzen, ähnlich wie im Zusammenhang mit dem Mord an einem Hamas-Führer im Januar dieses Jahres in Dubai (bitte auflisten nach Diensten, Jahr, Anzahl, Einsatzzweck, -folgen und -opfern)?

74. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Haben Mitglieder der Bundesregierungen seit 1994 – so wie CDU-Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers – Unternehmen Gesprächszeiten zum Kauf angeboten, und wenn ja, welche?

75. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Welche Mitglieder der Bundesregierung haben vor welchen Unternehmen bzw. Verbänden in dieser Wahlperiode Reden gehalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

76. Abgeordnete **Katja Mast** (SPD)

Gab es Gespräche zwischen der Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, und dem baden-württembergischen Landesjustizminister Dr. Ulrich Goll über die Rechtmäßigkeit eines Ankaufs von so genannten Steuersünder-CDs, und wenn ja, wann fanden sie statt?

77. Abgeordnete **Katja Mast** (SPD)

Teilt das Bundesministerium der Justiz die Auffassung des Bundesministeriums der Finanzen, dass sich baden-württembergische Beamte, die illegal gewonnene Daten zur Strafverfolgung nutzen, nicht strafbar machen?

78. Abgeordneter **Josef Philip Winkler** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Auf welche verfassungsrechtliche bzw. gesetzliche Grundlage beruft sich die Bundesregierung, wenn sie das Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen nicht vollständig anwendet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

79. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern teilt die Bundesregierung als Mitglied der Initiative Finanzstandort Deutschland die Positionen dieser Initiative, die im Papier „Erwartungen an die neue Europäische Kommission“ zum Ausdruck kommen (vgl. www.finanzstandort.de)?

80. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung in nächster oder näherer Zukunft darauf hinwirken, auf nationaler, europäischer oder globaler Ebene ungedeckte Leerverkäufe zu verbieten?

81. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Welche Informationen hat die Bundesregierung darüber, ob bzw. wann durch das Land Nordrhein-Westfalen eine Daten-CD mit möglichen Steuersündern angekauft wurde, und wenn nein, welche Absprachen bzw. weiteren Vorgehensweisen wurden mit Nordrhein-Westfalen hinsichtlich des Ankaufs einer Daten-CD getroffen?

82. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz, und welchen Schluss zieht die Bundesregierung aus der Äußerung der Schweiz, bisher dort investiertes Schwarzgeld über das Instrument einer Amnestielösung in Deutschland zu legalisieren?

83. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Ist die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Finanzen, Steffen Kampeter, (MAZ vom 24. Februar 2010) bezüglich einer Veräußerung aller im Eigentum der Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) befindlichen Gewässer an das Bundesland Brandenburg zutreffend, und welche Möglichkeiten einer kostenfreien Überlassung der Gewässer an die Bundesländer sind nach Ansicht der Bundesregierung möglich?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

84. Abgeordnete **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchen konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung zukünftig die flächendeckende Versorgung mit Breitband in dünn besiedelten Räumen voranbringen, und gibt es von ihrer Seite aus vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Teilhabe gerade der älteren Bevölkerung auch besondere Maßnahmen, die die Medienkompetenz von Senioren und Seniorinnen in den neuen Bundesländern fördern sollen?*)

85. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis wann will die Bundesregierung ihre Aufträge zur Erstellung der Energieszenarien für das Energiekonzept der Bundesregierung vergeben, und welche Institutionen haben sich bislang für die Aufträge beworben?**)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

86. Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach welchen Kriterien sind die in der – als Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 erlassenen – Härtefallliste aufgezählten Fallkonstellationen ausgewählt worden, und auf welcher Grundlage basiert die Schätzung der Bundesregierung, wonach auf den Mehrbedarf nach § 21 Absatz 6 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch angeblich 70 000 Personen Anspruch haben und sich ein eben solcher auf rund 100 Euro pro Monat beziffert?

87. Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern gedenkt die Bundesregierung einzelne in der Härtefallliste aufgeführte Leistungen wie etwa rezeptfreie Arzneimittel nun wieder zu kürzen, wie es Medienberichten zufolge den Anschein hat, und inwiefern wäre eine solche Leistungskürzung mit der bei der Verkündung eines Anschlussurteils des Bundessozialgerichts (BSG vom 18. Februar 2010 – B 4 AS 29/09 R) vertretenen Position vereinbar, wonach die Härtefallliste keinesfalls als eine abschließende Liste zu verstehen sei?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 59.
**) Siehe hierzu auch Frage 41.

88. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)

Wie hat sich die Zahl der befristet Beschäftigten in der Arbeitsverwaltung bzw. -vermittlung in den letzten zwei Jahren bis heute entwickelt, und wie schätzt die Bundesregierung das Problem der befristeten Beschäftigung ein (bitte in Halbjahresschritten sowohl die absolute Zahl der befristet Beschäftigten wie auch den Anteil an der Gesamtbeschäftigung aufführen)?

89. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)

Wie hat sich die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in der Arbeitsverwaltung bzw. -vermittlung in den letzten zwei Jahren bis heute entwickelt, und hat eine der dort tätigen Leiharbeitsfirmen einen Tarifvertrag mit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) abgeschlossen?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333